

1 a)

Welche energiepolitischen Vorstellungen hat Ihre Partei, um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Energiewende zu gewährleisten?

Die CDU steht seit jeher für eine sichere, unabhängige und preisstabile Energieversorgung. Angesichts der Volatilität der regenerativen Energien kommt vor allem auf den Netzausbau eine zentrale Rolle im Hinblick auf die Stabilität und die Versorgungssicherheit Deutschlands zu. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, die jetzigen Ausstiegszenarien aus der Kohleverstromung im Sinne einer notwendigen Kapazitätsvorhaltung einer ständigen Überprüfung zu unterziehen. Die CDU Sachsen-Anhalt hat seinerzeit im Zuge der Strukturdiskussion eine mehrfache Novellierung des Kohleausstiegs gefordert, der sich letztendlich innerhalb der Kohlekommission durchgesetzt hat. Um die Energiekosten auch in Zukunft stabil zu halten, müssen die regenerativen Energien stärker in die Systemverantwortung übernommen werden. Weiterhin müssen die Anstrengungen für Forschung und Entwicklung intensiviert werden, um die Energiespeicherung, Power to Gas Lösungen sowie die Brennstoffzellentechnik zu intensivieren.

1 b)

Für welche konkreten Maßnahmen im Land wie im Bund würde sich Ihre Partei in der künftigen Landesregierung verwenden, um den Netzausbau speziell in der Hochspannung deutlich zu beschleunigen?

Im Gegensatz zu anderen Parteien unterstützt die CDU Sachsen-Anhalt den Netzausbau. Angesichts der ungleichen Verteilung zwischen regenerativen Energieerzeugern vorwiegend im Norden und von Großverbrauchern im Süden Deutschlands, kommt dem Netzausbau für den Energietransport und für die Netzstabilität eine zentrale Bedeutung zu. Sachsen-Anhalt selbst ist ein Schwerpunkt regenerativer Energieerzeugung. Unser Bundesland erzeugt bereits heute mehr Strom, als es selbst verbraucht. Es liegt in unserem eigenen Interesse, neue Energietrassen zu bauen. Dabei setzen wir auf wenig Landschaftsverbrauch, aber praktikable und bezahlbare Lösungen. Die immer wieder geforderten Erdkabel halten wir auch unter finanziellen Gesichtspunkten und aus Gründen dauerhafter Wartung für schlecht geeignet.

1 c)

Wie wollen Sie die Akzeptanz der Energiewende in Sachsen-Anhalt erhöhen?

Welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe an der Energiewende stellen Sie sich vor? Welche Möglichkeiten zur ‚Senkung Energiewende bedingter Belastungen der Netznutzer in Sachsen-Anhalt sehen Sie?

Die Zeiten des ungehemmten Ausbaus von Wind- und Solarenergie sind in Deutschland vorbei. Vielfältige Bürgerinitiativen hinterfragen den Nutzen energiepolitischer Maßnahmen und Projekte zunehmend kritischer. Die zugesagte Preisstabilität für die Verbraucher ist nicht eingetreten. Dies führt in weiten Teilen der Bevölkerung inzwischen zu einem Akzeptanzproblem. Die CDU fordert nicht nur aus ökonomischen Gründen eine Preisstabilität der Energieerzeugung. Dafür müssen zunächst die regenerativen Energien stärker in die Netz- und Systemverantwortung genommen werden. Die diesbezüglichen Maßnahmen des Bundes begrüßen wir. Im Rahmen des Strukturwandels muss eine zukunftsfähige Energieerzeugung aufgebaut werden, die nicht ausschließlich durch die Verbraucher, sondern auch durch den Bund und die EU finanziell getragen wird. Im Zuge des weiteren Ausbaus regenerativer Energien sind transparente Verfahren, genossenschaftliche Aktivitäten und erweiterte Bürgerbeteiligungen zu ermöglichen. Ein weiterer Baustein zur Kostenentlastung besteht in der intelligenten Netzsteuerung, um die z.T. sehr hohen Redispatchkosten abzufangen.

1 d)

Welche Vorstellungen haben Sie, um langfristig die Wirtschaftlichkeit der Gasverteilnetze bzw. neuer Ortserschließungen in der Fläche zu erhalten?

Deutschland verfügt über ein historisch gewachsenes, dichtes und voll funktionsfähiges Gasverteilnetz. Dieses kann künftig ein wichtiger Bestandteil zur Pufferung regenerativer Energien genutzt werden. Weiterhin wird Deutschland seine Energieerzeugung in den kommenden Jahren in großen Teilen auf Erdgas umstellen. Das gesamte Thema der Wasserstoffnutzung gewinnt weiter an Bedeutung. Aus Sicht der CDU sind die öffentlichen Gasverteilnetze ein Wettbewerbs- und Standortvorteil, der weiter unterhalten und ausgebaut werden muss. Dies gilt im Übrigen auch für stoffliche Verteilnetze der chemischen Industrie. Sachsen-Anhalt wird im Zuge des Strukturwandels einen zentralen Schwerpunkt auf die Wasserstoffherzeugung legen. Diesbezüglich gibt es bereits einige hoffnungsvolle Forschungsprojekte, wie z.B. den untertägigen Wasserstoffspeicher in Bad Lauchstädt. Generell ergeben sich durch die Energiewende neue Potenziale für die Gasverteilnetze.

2 a)

Wird sich Ihre Partei für bessere Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Netzinvestitionen einsetzen und wenn ja, wie?

Der Erfolg der Energiewende ist untrennbar mit dem Ausbau der Energienetze verbunden. Insgesamt wird der Bedarf neuer Stromleitungen auf 7.500 km geschätzt. Die CDU setzt sich seit Jahren für einen raschen Netzausbau in Deutschland ein. Dieser darf aber nicht mehr ausschließlich durch die Verbraucher finanziert werden. Der BDEW hat in seinem Positionspapier vom November 2019 Vorschläge für den künftigen Regulierungsrahmen für die Netzinvestitionen erarbeitet. Dazu gehören u.a. eine verlässliche Verzinsung des Eigenkapitals und eine Verlängerung des sog. Sockeleffektes bis zum Ende der 5. Regulierungsperiode. Diese Vorschläge können aus Sicht der CDU zu einer Stimulierung privater Investitionen beim Netzausbau führen. Weiterhin ist für uns ein fairer Lastenausgleich aller Nutzer am Netzausbau ein wichtiger Bestandteil für die künftige Finanzierung. Dazu gehören neben den Verbrauchern auch die regenerativen Energien.

2 b)

Wie ist Ihre Position zur Weiterentwicklung der Eigenkapitalverzinsung für Netzinvestitionen? Werden Sie sich für eine Anpassung des Regulierungsrahmens einsetzen?

Wir sehen in der Weiterentwicklung der Eigenkapitalverzinsung ein stimulierendes Element für den künftigen Netzausbau. Insofern stehen wir der Anpassung des Regulierungsrahmens offen gegenüber.

2 c)

Verwenden Sie sich bei Redispatch für eine Bewertung der Engpassmanagementkosten (EPMK) als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten (dnbK) und für eine rechtzeitige Anpassung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV). Die aktuelle Regelung läuft im September 2021 aus.

Das Bundeswirtschaftsministerium bearbeitet derzeit eine weitere Novellierung der Anreizregulierungsverordnung. Hauptthema der Novelle sind die künftigen Kosten des Redispatch und deren regulatorische Anerkennung. Im Fokus steht dabei die Frage, inwieweit die Engpassmanagementkosten künftig als „beeinflussbar“ oder „dauerhaft nicht beeinflussbar“ einzustufen sind. Darüber hinaus will der Ordnungsgeber mit einer Weiterentwicklung der ARegV vor allem im Stromnetzbereich mehr Transportkapazitäten schaffen, den Netzausbau beschleunigen und für eine geringere und effizientere Durchführung von Redispatch-Maßnahmen sorgen. Aus Sicht der CDU ist im Rahmen der Folgeabschätzung zunächst zu klären, welche Kosten im Zuge des dnbK entstehen und das Netzbetreibern bei der sog. Kostendurchreichung keine Nachteile entstehen.

2 d)

Wie ist Ihre Position zur Verlängerung der Übergangsregelung nach § 34 Abs. 5 ARegV (Übergangssockel) über die 3. Regulierungsperiode hinaus?

Die Netzbetreiber haben in den zurückliegenden Jahren ihren Beitrag zum Netzausbau geleistet. Beim aktuellen Regulierungsmodell besteht der Verdacht, dass der Kostensenkungsdruck mittelfristig zulasten der Ertragsstabilität der Netzbetreiber geht. Aus Sicht der CDU besteht aktuell kein grundlegender Reformbedarf am ARegV. Dennoch bedarf es im Detail gezielter Korrekturen, wie z.B. für die künftige langfristige Verzinsung des eingesetzten Kapitals oder für entsprechende steuerliche Abschreibungen.

3 a)

Wie beurteilen Sie im Rahmen der geplanten Wasserstoffstrategie des Landes Sachsen-Anhalt die Rolle der VNB? Befürworten Sie die regulatorische Anerkennung und Förderung der Beimischung von Wasserstoff in bestehende Gasnetze?

Mitteldeutschland verfügt über ein gut ausgebautes Gasnetz. Eine Option zur Pufferung überschüssiger Energie besteht darin, Wasserstoff zu erzeugen und diesen den vorhandenen Gasleitungen beizumischen. Die CDU befürwortet eine derartige Technologie, sofern diese wirtschaftlich und technologisch umsetzbar ist. Eine regulatorische Anerkennung würde eine zusätzliche Option darstellen, um überschüssige Energie sinnvoll in eine bereits bestehende Versorgungsinfrastruktur einzubinden.

3 b)

Wie stehen Sie zur Einführung von Mindestanteilen von Wasserstoff in Erdgasausschreibungen?

Das hängt vor allem davon ab, wie schnell sich die Erzeugung von Wasserstoff entwickelt. Aktuelle Anlagen sind oft noch nicht effizient genug, um in ausreichenden Mengen Wasserstoff zu erzeugen. Mindestanteile machen erst Sinn, wenn sie in entsprechenden Volumina verfügbar und kostengünstig herzustellen sind. Weiterhin sind die technische Umsetzung und der Anteil der Mindestanteile eine Frage, die es zunächst zu klären gilt.

3 c)

Wie sehen Sie die Rolle der Verteilnetzbetreiber beim Roll-out der Elektromobilität und wie wollen Sie diese politisch fördern?

Das aktuelle Ladesystem für die Elektromobilität ist deutschlandweit noch deutlich unterentwickelt. Das politische Ziel muss darin bestehen, die Elektromobilität zu fördern, aber im Gleichklang auch die Versorgungsinfrastruktur zur Verfügung zu

stellen. Es besteht die berechtigte Sorge, dass die Entwicklung der Ladeninfrastruktur nicht mit der Verbreitung elektrogetriebener Fahrzeuge mithalten kann. Daher ist es wichtig, schnell ein Anreizsystem für private Investitionen in der Ladeinfrastruktur zu initiieren. Weiterhin sind Planungsbeschleunigungsgesetze nötig, um in den Kommunen die komplexe Installation der Ladeinfrastruktur zu beschleunigen.

3 d)

Wie stehen Sie zu den Herausforderungen der VNB in Bezug auf Digitalisierung vor dem Hintergrund der Bedeutung von Steuerbarkeit, Sicherheit und optimiertem Netzausbau?

Die CDU sieht in der digitalen Steuerung der Netzsysteme eine zentrale technische Möglichkeit für die Netzstabilität. Der geplante Netzausbau muss sich an den Erfordernissen der Verbraucher und einer systemischen Netzsteuerung orientieren. Angesichts dessen, dass durch den Atomausstieg eine kurzfristig zuschaltbare Kraftwerksreserve ausfällt, sind digitale und logische Steuerungen ein zentraler Ansatz für die Sicherung der Grundlast in Deutschland.